



Einladung

Stadt Erlangen

Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77

1. Sitzung • Dienstag, 15.01.2013 • 16:00 Uhr • Ratssaal, Rathaus

Nicht öffentliche Tagesordnung

Es sind keine nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte gemeldet.

Öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

Inhaltsverzeichnis
siehe letzte Seite(n)

Werkausschuss EB 77:

1. Mitteilungen zur Kenntnis Werkausschuss EB77
2. EB77: Wirtschaftsplan mit Stellenplan 2013
(Betrieb für Stadtgrün, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung) 771/019/2012
Gutachten
3. Anfragen Werkausschuss EB77

Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss:

4. Mitteilungen zur Kenntnis
- 4.1. Verkehrsrechtliche Anordnungen in der Zeit vom 19.10.2012
bis 10.12.2012 321/086/2012
Kenntnisnahme
- 4.2. Umgebungslärmrichtlinie, Lärmkartierung 31/184/2012
Kenntnisnahme
- 4.3. Kalkschotterverwendung im Bebauungsplangebiet Staudtstraße 31/196/2012
Kenntnisnahme
5. Dringlichkeitsantrag zum Stadtrat am 13.12.2012
hier: Eislauffläche auf dem Marktplatz auch 2013 52/177/2012/1
Gutachten

6. Beratung des Haushalts 2013

- | | | |
|-------|---|---------------------------|
| 6.1. | Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2013;
1. Neufassung 12.2012 - Auszug aus der Verwaltungsvorlage vom Dezember 2012 | 113/006/2012
Gutachten |
| 6.2. | Antrag zum Haushalt 2013 - Renaturierung des großen Bischofsweiher (Dechsendorfer Weiher);
Fraktionsantrag Nr. 213/2012 - Erlanger Linke | 31/193/2012
Beschluss |
| 6.3. | Energiewende in der Stadt Erlangen
Fraktionsantrag der SPD Nr. 168/2012 | 31/195/2012
Beschluss |
| 6.4. | Fraktionsantrag Nummer 157/2012 betreffend Lichtung des Waldes der Verkehrsschilder und Überprüfung der Ampelschaltungen | 321/087/2012
Beschluss |
| 6.5. | Antrag zum Haushalt 2013 - Arbeitsprogramm Stadtplanungsamt
Fraktionsantrag Grüne Liste Nr. 186/2012 | 611/179/2012
Beschluss |
| 6.6. | Antrag zum Haushalt 2013: Planungskosten StUB,
Fraktionsantrag der Erlanger Linke Nr. 212/2012 vom 26.11.2012 | 613/126/2012
Beschluss |
| 6.7. | Antrag zum Haushalt 2013: Planungen zur StUB,
Antrag von Stadtrat Frank Heinze Nr. 159/2012 vom 24.10.2012 | 613/127/2012
Beschluss |
| 6.8. | Fraktionsantrag zum Haushalt 163/2012 - Prüfung der Umwandlung von Straßen im Sinne von Shared Space | VI/022/2012
Beschluss |
| 6.9. | Haushalt 2013 - Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt-
Investitionsprogramm | 31/198/2012
Gutachten |
| 6.10. | Fachamtsbudget und Arbeitsprogramm 2013 des Amtes für Umweltschutz und Energiefragen (Amt 31)
- siehe Arbeitsprogramm 2013 in gebundener Form ab Seite 103 | 31/199/2012
Beschluss |
| 6.11. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2013 des Ordnungs- und Straßenverkehrsamtes (Amt 32);
- siehe Arbeitsprogramm 2013 in gebundener Form Seiten 123 - 129 | 321/088/2013
Beschluss |
| 6.12. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2013 des Liegenschaftsamtes (Amt 23)
- siehe Arbeitsprogramme 2013 in gebundener Form ab Seite 69 | 23/025/2012
Beschluss |

- 6.13. Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2013 des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung (Amt 61) mit Projektgruppe Röthelheimpark (PRP) 610.1/012/2012
- siehe Arbeitsprogramme 2013 in gebundener Form ab Seite 359 Beschluss

7. Anfragen

Hinweis:

Es wird darum gebeten, die bereits verteilten Haushaltsunterlagen

- Haushaltsentwurf 2013
- den Band Arbeitsprogramme 2013
- die aufbereiteten Antragsunterlagen zum Haushalt 2013
- die Verwaltungsvorlagen zum Stellenplan 2013

zur Sitzung mitzubringen.

Ich darf Sie hiermit zu dieser Sitzung einladen.

Erlangen, den 8. Januar 2013

STADT ERLANGEN

gez. Dr. Siegfried Balleis
Oberbürgermeister

Falls Tagesordnungspunkte dieser Sitzung aus Zeitgründen auf den nächsten Termin verschoben werden müssen, bitten wir Sie, die entsprechenden Unterlagen aufzubewahren und erneut mitzubringen.

Die Sitzungsunterlagen können auch unter www.ratsinfo.erlangen.de abgerufen werden.

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/EB77-1/MH005

Verantwortliche/r:
EB 77

Vorlagennummer:
771/019/2012

EB77: Wirtschaftsplan mit Stellenplan 2013 (Betrieb für Stadtgrün, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung)

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	15.01.2013	Ö	Gutachten	
Stadtrat	07.02.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Ref. II (Abstimmung der Pauschalen / Verlustausgleich)

I. Antrag

Der Wirtschaftsplan mit Stellenplan 2013 des EB77 lt. Anlage wird beschlossen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

Vollzug der zugrundeliegenden Rechtsnormen, insbesondere
 - Gemeindeordnung Bayern (GO)
 - Eigenbetriebsverordnung Bayern (EBV)
 - Betriebssatzung für den EB77
 hinsichtlich Wirtschaftsführung und Rechnungslegung

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

Einbringung des Wirtschaftsplanes 2013 in den Werkausschuss für den EB77 sowie Vorlage im Stadtrat gemäß § 3 i.V.m. § 9 Abs. 2 Betriebssatzung.

3. Prozesse und Strukturen

- Begutachtung des Wirtschaftsplanes 2013 im Werkausschuss EB77 am 15.01.2013
 - Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes 2013 im Stadtrat am 07.02.2013

4. Ressourcen s. Anlage

Anlagen: Wirtschaftsplan mit Stellenplan 2013
 (Druckfassung wurde den Mitgliedern der Gremien direkt zugeleitet)

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
III/32/HM042/SC015

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
321/086/2012

Verkehrsrechtliche Anordnungen in der Zeit vom 19.10.2012 bis 10.12.2012

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
----------------	--------	-----	-------------	------------

Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	15.01.2013	Ö	Kenntnisnahme	
---	------------	---	---------------	--

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Die unter II genannten Verkehrsanordnungen dienen zur Kenntnis.

II. Sachbericht

In der Zeit vom 19.10.2012 bis 10.12.2012 wurden die folgenden verkehrsrechtlichen Anordnungen nach der StVO erlassen für die Verkehrsanordnung Nr. 27 steht ein Kostenträger zur Verfügung.

Nr.	Datum	Bezeichnung
1.	19.10.2012	Henkestraße Restmarkierung des Radfahrstreifens auf der Nordseite der Henkestraße in Höhe der neuen Studentenwohnanlage Henkestraße Nrn. 33-45 (Bauabschnitt 2).
2.	25.10.2012	Am Lobersberg Einbau von 2 schwenkbaren Absperrschranken mit Sperrbeschilderung „Krötenwanderung“ in der Straße Am Lobersberg zwischen Steudach und Neuses.
3.	20.11.2012	Ohmstraße Freigabe des Radverkehrs in der Ohmstraße entgegen der Fahrtrichtung der Einbahnstraße.
4.	20.11.2012	Gabelsbergerstraße Freigabe des Radverkehrs in der Gabelsbergerstraße entgegen der Fahrtrichtung der Einbahnstraße.
5.	21.11.2012	Michael-Kreß-Straße Entfernung von nicht zwingend erforderlichen Verkehrszeichen in der Michael-Kreß-Straße.
6.	22.11.2012	Nördliche Stadtmauerstraße Ausweisung eines personenbezogenen Behindertenparkplatzes an der Nordseite der Nördlichen Stadtmauerstraße am westlichen Ende des Anwesens Bayreuther Straße 1.
7.	26.11.2012	Turnstraße Ausweisung einer Kurzparkzone mit Parkscheinregelung (6 Stellplätze) an der Ostseite der Turnstraße in Höhe der bisherigen Schulbushaltestelle an der Loschgeschule.
8.	26.11.2012	Elsa-Brändström-Straße Freigabe des Radverkehrs in der Elsa-Brändström-Straße entgegen

- der Fahrtrichtung der Einbahnstraße.
9. 26.11.2012 **Tolnaer Straße**
Freigabe des Radverkehrs in der Tolnaer Straße entgegen der Fahrtrichtung der Einbahnstraße.
 10. 26.11.2012 **Raumerstraße**
Freigabe des Radverkehrs in der Raumerstraße entgegen der Fahrtrichtung der Einbahnstraße.
 11. 26.11.2012 **Helmstraße**
Freigabe des Radverkehrs in der Helmstraße entgegen der Fahrtrichtung der Einbahnstraße.
 12. 26.11.2012 **Bauvereinsstraße**
Freigabe des Radverkehrs in der Bauvereinsstraße entgegen der Fahrtrichtung der Einbahnstraße.
 13. 27.11.2012 **Calvinstraße**
Freigabe des Radverkehrs in der Calvinstraße entgegen der Fahrtrichtung der Einbahnstraße.
 14. 27.11.2012 **Westliche Stadtmauerstraße**
Freigabe des Radverkehrs in der Westlichen Stadtmauerstraße entgegen der Fahrtrichtung der Einbahnstraße.
 15. 27.11.2012 **Richard-Wagner-Straße**
Freigabe des Radverkehrs in der Richard-Wagner-Straße entgegen der Fahrtrichtung der Einbahnstraße.
 16. 30.11.2012 **Enkesteig/Behelfsweg Burgberggarten**
Sperrung des Enkesteigs sowie des Behelfsweges Burgberggarten während des Winters 2012/13.
 17. 03.12.2012 **Lange Zeile**
Auftragen einer Grenzmarkierung auf der Südwestseite der Straße Lange Zeile in Höhe Anwesen Nr. 82.
 18. 03.12.2012 **Peter-Vischer-Straße**
Freigabe des Radverkehrs in der Peter-Vischer-Straße entgegen der Einbahnstraßenrichtung.
 19. 03.12.2012 **Adam-Kraft-Straße**
Freigabe des Radverkehrs in der Adam-Kraft-Straße entgegen der Einbahnstraßenrichtung.
 20. 03.12.2012 **Veit-Stoß-Straße**
Freigabe des Radverkehrs in der Veit-Stoß-Straße entgegen der Einbahnstraßenrichtung.
 21. 03.12.2012 **Hans-Sachs-Straße**
Freigabe des Radverkehrs in der Hans-Sachs-Straße entgegen der Einbahnstraßenrichtung.
 22. 05.12.2012 **Friedrichstraße**
Aufhebung der VAO vom 7.8.2012 bezüglich der Einführung einer Parkregelung mit Parkscheibe innerhalb der bisherigen gebührenpflichtigen Kurzparkzone in der Friedrichstraße zwischen Weiße Herzstraße und Schuhstraße.

23. 05.12.2012 **Friedrichstraße**
Aufhebung der VAO vom 7.8.2012 bezüglich der Einführung einer Parkregelung mit Parkscheibe innerhalb der bisherigen gebührenpflichtigen Kurzparkzone in der Friedrichstraße zwischen Fahrstraße und Holzgartenstraße.
24. 05.12.2012 **Münchener Straße**
Verkürzung der mit VAO vom 15.12.2010 ausgeschilderten gebührenpflichtigen Kurzparkzone an der Westseite der Münchener Straße um den Bereich zwischen dem Altstädter Friedhof und der Zufahrt zum Sportland.
25. 05.12.2012 **Nördliche Stadtmauerstraße**
Auftragen einer Grenzmarkierung an der Einmündung der Nördlichen Stadtmauerstraße in die Hauptstraße.
26. 06.12.2012 **Goldwitzerstraße**
Neuordnung der Haltverbotszonen in der Goldwitzerstraße im Straßenabschnitt zwischen Anwesen Nrn. 11 – 17 und damit Abbau entbehrlcher Verkehrszeichen.
27. 07.12.2012 **Anderlohrstraße 51**
Ausweisung einer Feuerwehranfahrtzone ggü. der neu gebauten Feuerwehruzufahrt zum Anwesen Anderlohrstraße 51.
28. 10.12.2012 **Pömerstraße**
Freigabe des Radverkehrs in der Pömerstraße entgegen der Fahrtrichtung der Einbahnstraße.

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
IV. Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
III/31/kjd

Verantwortliche/r:
Amt für Umweltschutz und Energiefragen

Vorlagennummer:
31/184/2012

Umgebungslärmrichtlinie, Lärmkartierung

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
----------------	--------	-----	-------------	------------

Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	15.01.2013	Ö	Kenntnisnahme	
---	------------	---	---------------	--

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Die Umgebungslärm-Richtlinie legt fest, dass Lärmkartierungen und Maßnahmenplanungen durchzuführen sind. Weiterhin werden die zu untersuchenden Gebiete, Straßen, Schienenstrecken, Industrieanlagen, Schiffs- und Flughäfen und die Berechnungsverfahren für die Lärmkartierung festgelegt. Die Berechnungsgrundlagen (Geometrien, Verkehrsdaten usw.) für Erlangen als Großstadt über 1000.000 Einwohner waren nach Vorgabe der Richtlinie bis Mitte 2012 bereitzustellen.

Es ist hervorzuheben, dass ausschließlich Lärmemissionen von Verkehrswegen und großen Industrieanlagen, in Erlangen sind drei IVU-Anlagen vorhanden, zu beurteilen sind. Gewerbe, Gaststätten, Sport, Nachbarschaft, Veranstaltungen und Baustellen werden nicht betrachtet. Bürgeranregungen zu diesen Themen werden im Rahmen der Umgebungslärmrichtlinie daher nicht bearbeitet. Schienlärm und Fluglärm sind Gegenstand gesonderter Verfahren und werden im Verfahren der Stadt Erlangen ebenfalls nicht berücksichtigt.

Am 4.10.2012 wurden vom Landesamt für Umwelt Lärmkarten und dazugehörige Tabellen zum Download freigegeben. Später wurden auch noch entsprechende PDF-Dateien bereitgestellt.

Die nächsten Aufgaben der Stadtverwaltung Erlangen:

- Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Bewertung der Ergebnisse (voraussichtlich Ämter 23, 31, 61, 63, 66, Autobahndirektion Nordbayern)
- Einbindung der Öffentlichkeit über ein Internetportal entsprechend der Vorgehensweise in Nürnberg
Daneben sind aber auch alle konventionellen Beteiligungsformen wie Bürgerversammlungen, schriftliche oder mündliche Eingaben vorzusehen.
- Ausarbeitung von Maßnahmenplanungen
Die Autobahnen (nicht Schienenstrecken!) müssen bei den städtischen Ausarbeitungen berücksichtigt werden, Lärmschutzmaßnahmen wären jedoch von der Autobahndirektion zu realisieren.

Bis zum 18. Juli 2013 sollen die Kommunen Aktionspläne für die oben genannten Ballungsräume erstellen. Eine Umsetzung der Planungen ist nicht zwingend vorgeschrieben. Diese sind aber eine gute Grundlage für eine Prioritätenbewertung.

Anlagen:

- III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
- IV. Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
III/31/BI002

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
31/196/2012

Kalkschotterverwendung im Bebauungsplangebiet Staudtstraße

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
----------------	--------	-----	-------------	------------

Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	15.01.2013	Ö	Kenntnisnahme	
---	------------	---	---------------	--

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung zur Anfrage des beratenden Mitglieds Frau Fuchs in der 10. Sitzung des Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschusses dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Sandmagerrasen, wie sie im Naturschutzgebiet „Exerzierplatz“ vorkommen, sind empfindlich gegen Kalkeintrag. Sie sind auf saure Bodenverhältnisse, wie sie die hiesigen Sandböden bieten, angewiesen. Da Sandmagerrasen mit ihren typischen Arten wie Sandgrasnelke, Silbergras und Berg-Sandglöckchen immer seltener werden sind sie gesetzlich geschützt. Im Naturschutzgebiet "Exerzierplatz" ist die Düngung verboten, weil sie auch durch Nährstoffeinträge beeinträchtigt werden.

Der südlich angrenzende Bebauungsplan Staudtstraße sieht (nur) für die Randflächen zum Naturschutzgebiet vor, dass kalkhaltige Materialien nicht zulässig sind. Dies ist bezogen auf die Oberflächengestaltung der Wegeverbindung in Ost-Westrichtung südlich der NSG-Grenze, weil Kalkstaub-Auswehungen verhindert werden sollen.

Vor dem Hintergrund, dass Schotter aus Hartgesteinsmaterialien wie Diabas, Basalt oder Granit im Wegebau bei uns ca. 30 % teurer sind als Kalkschotter, muss sich die Forderung nach kalkfreien Materialien auf die zwingend nötigen Bereiche beschränken.

Anlagen:

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
I/52

Verantwortliche/r:
Sportamt

Vorlagennummer:
52/177/2012/1

Dringlichkeitsantrag zum Stadtrat am 13.12.2012 hier: Eislauffläche auf dem Marktplatz auch 2013

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	15.01.2013	Ö	Gutachten	
Stadtrat	07.02.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
City-Management

I. Antrag

Der Erlanger Stadtrat spricht sich dafür aus, die Eisfläche auf dem Marktplatz in der Zeit des Weihnachtsmarktes im Jahr 2013 von City-Management und Sportamt realisieren zu lassen. Von Seiten der Stadt Erlangen wird alles unternommen, Erlangen on Ice auch im Jahr 2013 durchzuführen. Nach den Erfahrungen aus dem ersten Jahr sind hierfür die Beteiligung von Sponsoren und auch Eintrittsgelder zur Finanzierung des Aufwandes vorgesehen.

Planung A: Die Eisfläche soll weiterhin in der Zeit des Weihnachtsmarktes, in der gleichen Größe und im analogen Zeitraum gestellt werden. Zudem werden für die zukünftigen Jahre Eintrittsgelder in moderatem Umfang erhoben, somit kann auch bei einzelnen Ausfällen von Sponsoren die Bereitstellung der Anlage sichergestellt werden.

Planung B: Die Eisfläche soll aufgrund des enormen Zuspruchs aus der Bevölkerung vergrößert werden und die Nutzungsdauer bis zum 29.12.12 verlängert werden. Damit können vor allem Kinder in den Schulferien die Anlage noch mehr nutzen. Aufgrund der höheren Kosten sind dafür ebenfalls Eintrittsgelder nötig.

Der CSU-Fraktionsantrag Nr. 230/2012 gilt somit als bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Attraktivitätssteigerung der Innenstadt insbesondere der Altstadt
Eislaufmöglichkeit für Erlanger Schulen und Bevölkerung in der Innenstadt

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Aus den Erfahrungen von „Erlangen on Ice 2012“ lassen sich folgende Punkte zusammenfassen:

1. Bevölkerung und Schulen haben die Eisfläche sehr gut besucht, so dass die Eisfläche stets gut ausgelastet war und sich in Stoßzeiten Warteschlangen gebildet haben.
2. Durch die hohe Auslastung war es notwendig mehr Personal einzusetzen als ursprünglich vorgesehen war.

3. In der vierwöchigen Betriebszeit 2012 waren sehr unterschiedliche Witterungsbedingungen (Regen, Wind, Wärme, Kälte, Schnee) vorhanden. Der Stromverbrauch belief sich auf 24.400 KWh und verursachte ca. 6.000 € Stromkosten inkl. Nebenkosten.
4. Synergieeffekte von Erlangen on Ice mit dem Waldweihnachtsmarkt auf dem Schlossplatz haben lokale und überregionale Aufmerksamkeit und Anerkennung erzeugt.
5. Es sind Mehrkosten für den Veranstalter City-Management entstanden. Dadurch müssen zukünftig in moderatem Umfang Eintrittsgelder verlangt werden. Auch vor dem Hintergrund, dass Sponsoren ausfallen könnten oder die Betriebszeit verlängert werden soll.
6. Die Attraktivitätssteigerung der Innenstadt ist bestens gelungen.

Eine Wiederholung von Erlangen on Ice im Jahr 2013 wird daher empfohlen.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Vorraussetzung für die Umsetzung von Erlangen on Ice 2013 ist die Bereitschaft der Sponsoren, sich wiederum an der Eisfläche zu beteiligen. City-Management und Sportamt schätzen nach ersten Gesprächen die Wahrscheinlichkeit einer Fortsetzung des Engagements als sehr gut ein.

Aufgrund des großen Zulaufs und der großen Auslastung ist eine Erweiterung der Eisfläche in Erwägung zu ziehen und die Machbarkeit zu prüfen. Sollten die Einnahmen über Sponsoren nicht ausreichen, ist es sinnvoll, ein Nutzungsentgelt einzuführen.

Eine Ausweitung der Betriebszeit über den 29.12.13 ist kritisch zu sehen, da an Silvester eine intensive Nutzung des Markt- und Schlossplatzes negative Auswirkungen auf die Eisfläche haben kann.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Haushaltsmittel

- | | |
|-------------------------------------|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> | werden nicht benötigt |
| <input type="checkbox"/> | sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk |
| <input type="checkbox"/> | sind nicht vorhanden |

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



CSU-Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus
91052 Erlangen

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 11.12.2012

Antragsnr.: 230/2012

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: I/52

mit Referat: II/CM

10. Dezember 2012/AB

Dringlichkeitsantrag zum Stadtrat am 13. Dezember 2012

(gem. §29 GeschO)

hier: Eislauffläche auf dem Marktplatz auch 2013

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zum Erlanger Weihnachtsmarkt hat das City-Management in Kooperation mit dem städtischen Sportamt die Eislauffläche „Erlangen on Ice“ auf dem Marktplatz geschaffen. Um dies erstmalig in Erlangen zu realisieren, waren über ein Jahr Planungszeit nötig.

Wir danken den Verantwortlichen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des City- Managements und des Sportamts, dass sie diese Eislauffläche für Erlangen realisieren konnten.

Ebenso danken wir den Sponsoren und Partnern dieses Projekts, Erlanger Stadtwerke AG, Siemens AG, Erlangen Arcaden, Autohaus Kraus, Intersport Eisert, Franken WC, Mauss Bau Erlangen GmbH & Co. KG und den Erlanger Nachrichten.

Der große Zuspruch, den diese Eislauffläche täglich findet, spricht für sich.

Daher sollte alles unternommen werden, dass dieses so erfolgreiche Projekt auch im nächsten Jahr erneut stattfindet. Wegen der langen Vorlaufzeit sind schon jetzt die entsprechenden Weichenstellungen notwendig.

Wir stellen folgenden Antrag:

Der Erlanger Stadtrat spricht sich dafür aus, die Eislauffläche auf dem Marktplatz in der Zeit des Weihnachtsmarktes auch im Jahr 2013 zu realisieren.

Von Seiten der Stadt Erlangen wird alles unternommen, die Eislauffläche wie im Jahr 2012 aufzubauen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Peter Ruthe

Fraktionsvorsitzender

Sprecher für Haushalt + Finanzen, Personal

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/113

Verantwortliche/r:
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:
113/006/2012

Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2013; 1. Neufassung 12.2012 - Auszug aus der Verwaltungsvorlage vom Dezember 2012

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	15.01.2013	Ö	Gutachten	

Beteiligte Dienststellen

Gem. Aufstellungsverfahren zum Stellenplan alle Referate, Fachämter und Personalrat

I. Antrag

Der Stellenplan der Stadt Erlangen 2013 wird anhand der Verwaltungsvorlage Liste A (1. Neufassung vom Dezember 2012) geändert und ergänzt.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Aufgaben- und bedarfsorientierte Stellenplanung.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Ergänzungen und Änderungen werden auf Verwaltungsebene umgesetzt.

3. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
 sind vorhanden auf lVP-Nr.
 bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
 sind nicht vorhanden

Anlagen: Verwaltungsvorlage Liste A – 1. Neufassung Dez. 2012

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

OBM/ZV/113-0/CM002 T. 1642

Erlangen, Dezember 2012

Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2013

Neufassung

hier: Auszug aus der Verwaltungsvorlage vom Dezember 2012

für die Sitzung des UVPA-HH am 15.01.2013

Inhalt	Seite
1. Vorbemerkungen	<u>2</u>
2. Liste A – neue Planstellen, Fraktionsanträge usw.	<u>3</u>
3. Liste B – Stellenwertänderungen usw.	<u>28</u>

Referat Personal, Organisation und eGovernment

Ternes

2.3 Stellenneuschaffungen, Funktionsänderungen, kw-Vermerke, s-Sperrungen bzw. –Entsperrungen

Nr.	Ref/ Amt/PISt	Zw/EZ.	Funktion/Aufgabe/ Thema	Wert	Anteilige Personal- kosten 2013 €	Gesamt- jahreskos- ten ab 2014 €	Begründung/Bemerkungen	Gutach- ten Fach- aus- schuss	Gutach- ten HFPA 30.01./ 31.01.13	Beschluss Stadtrat 07.02.13
UVPA										
Amt 31										
84.	<i>Fraktions- antrag CSU</i>	0,5	AG Radverkehr	EG 11	8.400	16.700	<u>Neuschaffung in Höhe von 10 Std. – Stundensperre auf restliches Volumen</u>			
85.	<i>Antrag StR Grille</i>		Baumschutzver- ordnung; Planstelle 3101030	EG 8	---	---	<u>Anbringung eines kw-Vermerkes in Höhe von 1,0</u>			
Amt 61										
86.	VI 6131030	1,0	SB Verkehrs- entwicklungsplanung	EG 10	30.700	61.400	<u>Neuschaffung mit kw-Vermerk zum 31.12.2016:</u> Dieser befristete Stellenbedarf wird für die Aufstellung eines neuen Verkehrsentwicklungsplans benötigt. Refinanzierung: Keine			
87.	VI 6131040	1,0	SB Technik	EG 10	30.700	61.400	<u>Neuschaffung mit kw-Vermerk zum 31.12.2015:</u> Für das Projekt „StUB“ im derzeitigen Planungsstadium nach Beschluss des Stadtrates vom 27.09.12 bedarf es dieser befristeten Stellenschaffung. Kw-Vermerk wird angebracht, um eine spätere Bedarfsprüfung sicher zu stellen. Vor Stellenbesetzung erfolgt nochmals organisatorische Prüfung des Bedarfs. Refinanzierung: Keine			

Nr.	Ref/ Amt/PISt	Zw/EZ.	Funktion/Aufgabe/ Thema	Wert	Anteilige Personal- kosten 2013 €	Gesamt- jahreskos- ten ab 2014 €	Begründung/Bemerkungen	Gutach- ten Fach- aus- schuss	Gutach- ten HFPA 30.01./ 31.01.13	Beschluss Stadtrat 07.02.13
EB 77										
88.	III 7726010	1,0	Vertretung Winter- dienstmeister	EG 6	---	---	<p>Neuschaffung: Durch jährlich zunehmenden Organisations-/ Koordinationsaufwand und eine sehr hohe zeitliche Beanspruchung in der Winterdienstphase besteht eine starke Überlastung der Meister für diesen Aufgabenbereich. Zur Entlastung bedarf es dieser Stellenschaffung. Dafür bedarf es eines Saisonvorarbeitereinsatzes weniger.</p> <p>EB 77 nicht im städtischen Haushalt!</p>			

**Nachtrag für HH-UVPA zu den Änderungen und Ergänzungen des Stellenplanes 2013;
hier: Anträge zum Stellenplan 2013 der Fraktion Grüne Liste**

Nr.	Ref/ Amt/PISt	Zw/EZ.	Funktion/Aufgabe/ Thema	Wert	Anteilige Personal- kosten 2013 €	Gesamt- jahreskos- ten ab 2014 €	Begründung/Bemerkungen	Gutach- ten Fach- aus- schuss	Gutach- ten HFPA 30.01./ 31.01.13	Beschluss Stadtrat 07.02.13
UVPA										
Amt 32										
1.	<u>Fraktions- antrag Grüne Liste</u>	1,0	Baustellen- kontrolleurln	EG 5	21.000	41.900	Neuschaffung: <i>Reduziert Schäden im öffentlichen Raum, z.B. beim Straßenbegleitgrün. Weniger Konflikte mit Nachbar- schaft, FußgängerInnen und RadlerInnen. Finanziert sich selber aus Bußgeldern.</i>			

19/14
Für die Fachausschussberatung am 15.01.2013 bitten wir diesen Nachtrag ebenfalls zu behandeln.

Mit freundlichen Grüßen



Ternes
Referat Personal, Organisation und eGovernment

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/31

Verantwortliche/r:
Amt für Umweltschutz und
Energiefragen

Vorlagennummer:
31/193/2012

Antrag zum Haushalt 2013 - Renaturierung des großen Bischofsweiher (Dechsendorfer Weiher); Fraktionsantrag Nr. 213/2012 - Erlanger Linke

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	15.01.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Ref. II / Amt 20

I. Antrag

Die Notwendigkeit von außerplanmäßigen Maßnahmen zur Renaturierung des großen Bischofsweiher (Dechsendorfer Weiher) wird von der Verwaltung derzeit nicht gesehen. Eine außerordentliche Bereitstellung von 4 Mio. EUR im Haushalt 2013 ist insofern nicht erforderlich.

Auf das Abstimmungsskript von Ref. II/Amt 20 zum Haushalt 2013, hier die lfd. Nr. A 64, wird ergänzend verwiesen.

Der Fraktionsantrag Nr. 213/2012 – Erlanger Linke ist damit abschließend bearbeitet.

II. Begründung

In Ergänzung zu den bereits umgesetzten Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässergüte im Dechsendorfer Weiher, sollen mit dem Bau eines Umlaufgrabens Nährstoffe, Sedimente und auch Fische aus dem Einzugsgebiet des Dechsendorfer Weiher um diesen herum in Unterwasser des Weiher abgeleitet werden.

Zugleich fordert die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) bis 31.12.2015 für die Oberflächengewässer den guten ökologischen Zustand. Durch gezielte Gewässersanierungen und –renaturierungen soll eine ökologisch nachhaltige Entwicklung von Gewässern, Ufern und Überschwemmungsgebieten sicher gestellt werden.

Aus dem Umlaufgraben hat sich im Vollzug der WRRL und des im UVPA am 13.12.2005 beschlossenen Gewässerentwicklungsplan (GEP) Erlangen, Gewässer III. Ordnung, die Wiederherstellung des Röttenbaches vom Zwischendamm Einlaufbereich bis ins Unterwasser des Dechsendorfer Weiher mit einer naturgemäßen Vernetzungsfunktion und Durchgängigkeit im Gewässersystem entwickelt. Erklärtes Ziel ist es, die Maßnahme im vollen Umfang als „Ausbaumaßnahme zur naturnahen Entwicklung und Gestaltung von Gewässern und/oder ihrer Auen, insbesondere zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie“ nach RZWas einzustufen. (*RZWas = Richtlinie für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Maßnahmen*)

Die Vorentwurfsplanung vom 20.09.2011 für das Vorhaben „Gewässerökologische Maßnahmen am Dechsendorfer Weiher – Wiederherstellung Röttenbach“ wurde im UVPA am 18.10.2011 gemäß DA-Bau beschlossen.

Aktuell wird die Planungsphase „Entwurfsplanung“ für die Wiederherstellung des Röttenbaches bearbeitet. Mit den Entwurfsunterlagen (Bauentwurf) sollen die notwendigen öffentlich-rechtlichen Genehmigungsverfahren eingeleitet und Zuwendungen des Freistaates Bayern beantragt werden.

Die Kosten der Maßnahme sind gemäß Kostenschätzung zum Vorentwurf mit brutto 900.000 EUR zu veranschlagen. Soweit eine Fortschreibung der Kosten im Zuge der Entwurfsplanung relevant wird, erfolgt diese im Zuge der Kostenberechnung zum (Bau)Entwurf.

Für die notwendigen Planungsleistungen sowie Untersuchungen und Gutachten stehen Haushaltsmittel zur Verfügung. Die gemäß aktuellem Planungsstand notwendigen Investitionsmittel sind im Finanzplan 2013 eingeplant.

Korrespondierende Einnahmen in Form von Zuwendungen des Freistaates Bayern sind zu erwarten. Die aktuelle Anteilsfinanzierung in Höhe von 30 % umfasst auch den Bau einer Umlaufleitung. Mit der Wiederherstellung des Röttenbaches als „Ausbaumaßnahme zur naturnahen Entwicklung und Gestaltung von Gewässern und/oder ihrer Auen, insbesondere zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie“ wird ein deutlich höherer Zuschuss (65 % bzw. 75 %) erwartet.

Anlagen:

Fraktionsantrag Nr. 213/2012 vom 26.11.2012

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

erlanger linke

Erlanger Linke
Rathausplatz 1 - 91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

<u>Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO</u>	
Eingang:	27.11.2012
Antragsnr.:	213/2012
Verteiler:	OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat:	III/31/Hr. Lennemann
mit Referat:	II/20/Hr. Schmied

Antrag zum Haushalt 2013

Renaturierung des großen Bischofsweiher (Dechsendorfer Weiher)

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

die Stadtratsgruppe Erlanger Linke stellt zum Haushalt 2013 den folgenden Antrag:

Für Maßnahmen zur Renaturierung des großen Bischofsweihers (Dechsendorfer Weiher) werden 4 Mio. EUR in den Haushalt 2013 eingestellt.

Begründung:

Der Dechsendorfer Weiher ist die einzige große Wasserfläche im Stadtgebiet Erlangen. Dieser Weiher stellt für viele Erlanger die einzige Bademöglichkeit in einem natürlichen Gewässer im Stadtgebiet dar. Darüber hinaus dient der Dechsendorfer Weiher und das Ufergebiet vielen Erlanger Bürgerinnen und Bürgern für vielfältige Freizeitgestaltungen und als Naherholungsgebiet. Schließlich ist ein guter Zustand des Dechsendorfer Weihers ein wesentlicher Grund für Gäste, den dortigen Campingplatz zu nutzen und dort länger zu verweilen. Seit Jahren wird über die Verbesserung der Wasserqualität gesprochen, verschiedene Maßnahmen wurden bereits durchgeführt, die jedoch zu keinem dauerhaften Erfolg geführt haben. Daher ist eine umfassende Renaturierung und damit eine entscheidende Verbesserung der Wasserqualität unumgänglich.

Mit freundlichen Grüßen

Eckart Wangerin
Stadtrat

Claudia Bittner
Stadträtin

Stadträte der Erlanger Linke

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
und nach Vereinbarung

Tel. 09131/86-1789

Fax 09131/86-1791

Email: erlanger-linke@stadt.erlangen.de

<http://www.erlanger-linke.de/>

Erlangen, den 26. Nov. 2012

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/31

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
31/195/2012

Energiewende in der Stadt Erlangen Fraktionsantrag der SPD Nr. 168/2012

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	15.01.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Mit dem im UVPA vom 11.12.2012 vorgelegten Maßnahmenkatalog zur Energiewende Erlangen liegt eine umfangreiche Liste vor, in der geplante Maßnahmen der städtischen Ämter und Einrichtungen aufgeführt sind.

Die Umsetzung der in der Maßnahmenliste genannten Projekte steht grundsätzlich unter dem Vorbehalt ausreichend vorhandener personeller und finanzieller Ressourcen.

Zur Realisierung erforderliche Haushaltsmittel werden direkt durch die betroffenen Referate und Ämter angemeldet und hierbei als relevant für die Energiewende Erlangen gekennzeichnet.

Der Fraktionsantrag der SPD vom 26.11.2012 (Nr. 168/2012) ist damit abschließend behandelt.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Um die Ziele der Energiewende Erlangen zu erreichen sind vielfältige Handlungsschritte und die Einbindung der unterschiedlichsten Akteure erforderlich.

Einen Schwerpunkt mit direkter Einflussnahme stellen dabei die städtischen Ämter, Eigenbetriebe und Töchter dar.

Durch die Nennung und Umsetzung möglichst konkreter Maßnahmen sollen die Ziele und Zwischenziele der Energiewende Erlangen erreicht werden.

Dabei werden nicht erst seit den Beschlüssen zur Energiewende und dem Aktionsprogramm aus den Jahren 2011 und 2008 im Klimaschutz Akzente gesetzt. Viele städtische Akteure haben dazu in den letzten Jahren wesentliche Beiträge geleistet. Beispielhaft seien hier das städtische Gebäudemangement mit dem Schulsanierungsprogramm oder die umfangreichen energetischen Sanierungen beim Gebäudebestand der GEWOBAU genannt.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Grundlage sind die Beschlüsse des Erlanger Stadtrats vom 08.12.2011 „Energiewende Erlangen“ und vom 27.11.2008 „EnergieeffizientER – Aktionsprogramm für Erlangen“:

Für den Bereich der Stromversorgung soll bis zum Jahr 2030 eine Versorgung folgender Zusammensetzung erreicht werden:

Erzeugung von 50 % des Strombedarfes mittels hocheffizienter KWK-Anlagen im Stadtgebiet, gegenüber 25% im Jahr 2011

Zwischenziele: 30 % 2013, 34 % 2016 und 38% im Jahr 2021

Erzeugung bzw. Bezug von 50 % des Strombedarfes auf Basis Regenerativer Energien (standortunabhängig), gegenüber 4% im Jahr 2011

Zwischenziele: 10% 2013, 15 % 2016 und 25% im Jahr 2021

Für den Bereich der Wärmeversorgung soll die vollständige Umstellung auf regenerative Energien auf Basis regionaler und überregionaler Aktivitäten bis zum Jahr 2050 erreicht werden.

Gegenüber 1991 wird, unter Berücksichtigung des Effekts der GuD-Anlage (HKW der Erlanger Stadtwerke), beim gesamten Endenergieverbrauch in Erlangen bis 2025 eine Minderung um 22 % angestrebt. Aktualisiert bedeutet dies eine Minderung von 11 % bis 2025 gegenüber 2007 mit dem Zwischenziel einer Minderung um 3% bis 2016.

Durch die Konkretisierung der in den Beschlüssen vom 08.12.2011 und 27.11.2008 angeführten Maßnahmen werden die Grundlagen zum Erreichen der Energiewende - Ziele gelegt. Dabei ist die Einbindung möglichst vieler Akteure ein wesentlicher Bestandteil zur Erreichung größtmöglicher Akzeptanz für diese Maßnahmen und Ziele.

Einen Überblick über die Ziele, Strukturen und Maßnahmen bietet die Präsentation „Energiewende Erlangen“ (UVPA vom 11.12.2012)

Durch Workshops, direkte Abfrage bei einzelnen, besonders energieintensiven Ämtern und Einrichtungen und Mitarbeiterbefragungen wurde ein Maßnahmenkatalog erstellt, der jährlich fortgeschrieben und angepasst wird.

Bei Industrie/Gewerbe/ Handel/ Dienstleistungen erfolgte eine direkte Abfrage und Erarbeitung von Maßnahmen über die Lenkungsgruppe EnergieeffizientER, Experteninterviews und durch die Fortführung der Vereinbarungen zur Klimaallianz Erlangen.

Die Ergebnisse mit den Prüfungen auf Umsetzbarkeit durch die Ämter und Tochtergesellschaften sind in „Energiewende Erlangen – Maßnahmenkatalog 11-2012“ (UVPA vom 11.12.2012) zusammengestellt.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die genannten Maßnahmen sind von den städtischen Ämtern und Einrichtungen geplant bzw. sollen von diesen umgesetzt werden. Erforderliche Haushaltsmittel sollen direkt durch die betroffenen Referate und Ämter angemeldet werden.

Bei Bedarf sind Konkretisierungen und Beschlüsse durch städtische Gremien erforderlich.

Der Maßnahmenkatalog ist nicht starr, sondern wird fortgeschrieben, ergänzt und bei Bedarf angepasst.

Für 2013 sind durch das Amt für Umweltschutz und Energiefragen als wichtige Grundlagen eine Studie zur Klimaneutralität im Gebäudebestand Erlangens bis zum Jahr 2050 und zur quantitativen Überprüfung ein Energie- und Klimaschutzbericht 2013 geplant.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

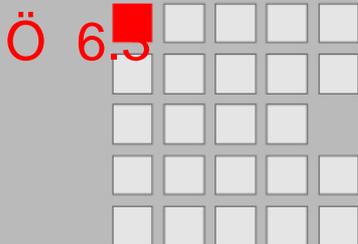
Anlagen:

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 27.11.2012

Antragsnr.: 168/2012

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: III/Hr. Lennemann

mit Referat: VI/24, VI/61

**SPD Fraktion
im Stadtrat Erlangen**

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus
91052 Erlangen

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
e-Mail spd@erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Energiewende in der Stadt Erlangen Antrag zum Haushalt 2013

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die im Jahre 2011 beschlossene Energiewende ist nicht nur auf Bundesebene, sondern auch in der Stadt Erlangen ins Stocken geraten. Um den Prozess auf kommunaler Ebene wieder in Gang zu setzen, müssen von der Stadtverwaltung Impulse gegeben werden. Dieser Aufgabe wurden bisher nur wenige Ämter gerecht. Deshalb ist auch nicht erkennbar, ob für den Haushalt 2013 Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

Wir beantragen daher, dass von den für die Energiewende maßgeblichen Ämtern zu deren Umsetzung auf kommunaler Ebene Vorschläge gemacht werden. Besonders angesprochen sind hier das Umweltamt, die Stadtplanung und das GME. Im Zusammenhang mit diesen Vorschlägen soll deren Finanzierungsbedarf ermittelt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Saskia Coerlin
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

Datum
26.11.2012

AnsprechpartnerIn
Saskia Coerlin

Durchwahl
09131 862225

Seite
1 von 1

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/32

Verantwortliche/r:
Ordnungs- und Straßenverkehrsamt

Vorlagennummer:
321/087/2012

Fraktionsantrag Nummer 157/2012 betreffend Lichtung des Waldes der Verkehrsschilder und Überprüfung der Ampelschaltungen

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	15.01.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Polizei und Abteilung Verkehrsplanung

I. Antrag

Die Ausführungen der Verwaltung werden zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Antrag Nummer 157/2012 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Sachverhalt:

Mit Antrag Nummer 157/2012 (Anlage) beantragt Herr Stadtrat Heinze die Prüfung des ausufernden Schilderwaldes auf dessen tatsächliche Notwendigkeit und ggf. um Minimierung der Beschilderung. Zusätzlich soll eine Prüfung der Signalanlagen erfolgen, ob diese abends, an Wochenenden und Feiertagen abgeschaltet werden können. Begründet wird der Antrag mit möglichen Einsparungen.

Abbau von Verkehrszeichen:

Seit Änderungen der verkehrsrechtlicher Vorschriften Ende der neunziger Jahre, dürfen Verkehrszeichen nur noch dort angeordnet werden, wo dies auf Grund der besonderen Umstände zwingend geboten ist (§ 45 Abs. 9 StVO). Auf Grund dieses Aspektes mussten die örtlichen Verkehrsbehörden sämtliche Verkehrszeichen in ihrem Hoheitsgebiet auf deren zwingende Notwendigkeit überprüfen. Das Ordnungs- und Straßenverkehrsamt hat seit 1998 die Verkehrszeichen im Stadtgebiet überprüft und bis dato die Entfernung von ca. 2.000 Verkehrszeichen angeordnet. Im Rahmen der vorhandenen Ressourcen wird die Prüfung der Verkehrszeichen auf Ihre zwingende Notwendigkeit weiter fortgesetzt. Es ist davon auszugehen, dass auch zukünftig weitere Verkehrszeichen abgebaut werden können.

Lichtsignalanlagen (LSA):

Nach der Verwaltungsvorschrift zum einschlägigen Paragraphen der StVO (VwV-StVO § 37) sollten Lichtsignalanlagen in der Regel auch nachts in Betrieb gehalten werden. Ist die Verkehrsbelastung nachts schwächer, so empfiehlt es sich, für diese Zeit ein besonderes Lichtzeichenprogramm zu wählen, das alle Verkehrsteilnehmer möglichst nur kurz warten lässt. Nächtliches Ausschalten ist nur dann zu verantworten, wenn eingehend geprüft ist, dass auch ohne Lichtzeichen ein sicherer Verkehr möglich ist.

Auch nach den Richtlinien für Lichtsignalanlagen (RiLSA) sollten LSA ununterbrochen (Tag und Nacht) in Betrieb gehalten werden. Hiervon kann abgewichen werden, wenn der Grund, der zur Errichtung der LSA führte, während bestimmter Zeiten entfällt und wenn vorher eingehend geprüft wurde, dass auch bei abgeschalteter Anlage ein sicherer Verkehrsablauf möglich ist bzw. durch das Abschalten keine anderen Gefahren entstehen.

Die RiLSA sagt weiter aus, dass das Abschalten die Unfallwahrscheinlichkeit erhöhen kann. Dies trifft besonders zu für Einbiegen-/Kreuzenunfälle. Die entstehenden volkswirtschaftlichen Verluste können dadurch deutlich höher liegen als die bewertbaren Einsparungen und eventuelle Nutzen im Hinblick auf die Nachtruhe von Anwohnern und den Verkehrsablauf.

Derartige Fälle konnten in der Vergangenheit auch in Erlangen festgestellt werden, z. B. an den Kreuzungen Schenkstraße/Zepelinstraße oder Werner-von-Siemens-Straße /Sieboldstraße/Zepelinstraße. An diesen Kreuzungen bildeten sich Unfallhäufungsstellen (UHS) mit Vorfahrtsverletzungen zur Nachtzeit, während die Lichtsignalanlagen ausgeschaltet waren. Die UHS konnten durch Laufzeitverlängerung der LSA bzw. Dauerbetrieb sofort beseitigt werden.

Ergebnis:

Als Ergebnis ist festzuhalten, dass die Entfernung von nicht erforderlichen Verkehrszeichen einen ständigen Prozess darstellt, der durch die Mitarbeiter der Verkehrsbehörde im Rahmen der Aufgabenerfüllung und der vorhandenen Ressourcen ständig weiter fortgeführt wird.

Ein zusätzliches Abschalten von Lichtsignalanlagen im Stadtgebiet ist aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht anzustreben. Bei der Abwägung muss der Verkehrssicherheit eine höhere Priorität eingeräumt werden als den möglichen Einsparungen in geringer Höhe. Aus diesen Gründen sind keine zusätzlichen Mittel für den städtischen Haushalt zu erwarten.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Anlagen: Fraktionsantrag Nr. 157/2012

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Frank Heinze
Stadtrat

**KLARMACHEN
ZUM ÄNDERN!**

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 118

tel 09131/86-1590
fax 09131/86-1590
e-mail: heinze.stadtrat@stadt.erlangen.de
web: www.twitter.com/ea3321

Antrag zum Haushalt 2013

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 27.11.2012
Antragsnr.: 157/2012
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: III/33/Hr. Hübner
mit Referat: VI/66, VI/61

Erlangen, den 24. Oktober 2012

Lichtung des Waldes der Verkehrsschilder und Überprüfung der Ampelschaltungen

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

Wir beantragen, die Verwaltung möge die tatsächliche Notwendigkeit des ausufernden Schilderwaldes prüfen, um die Beschilderung ggf. zu minimieren. Zusätzlich sollen die Ampelschaltungen überprüft werden, ob man sie abends, an Wochenenden und Feiertagen nicht abschalten kann. Bei geringem Verkehrsaufkommen ist wohl jedem Verkehrsteilnehmer zuzumuten, nach den normalen Verkehrszeichen zu fahren. Das ist nicht nur eine Maßnahme, die die Übersichtlichkeit der Verkehrssituation verbessert, sondern kann auch viel Geld und Strom einsparen.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Heinze
Stadtrat

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/61

Verantwortliche/r:
Amt für Stadtentwicklung und
Stadtplanung

Vorlagennummer:
611/179/2012

Antrag zum Haushalt 2013 - Arbeitsprogramm Stadtplanungsamt Fraktionsantrag Grüne Liste Nr. 186/2012

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	15.01.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Der Sachbericht der Verwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
Der Fraktionsantrag Grüne Liste Nr. 186/2012 vom 27.11.2012 ist damit abschließend bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Ziel ist die Bereitstellung eines bedarfsgerechten Angebotes am Markt verfügbarer Baugrundstücke, das für die Stadt Erlangen hinsichtlich der Kriterien Lage, Größe, Zuschnitt, Zeitpunkt und der anzusiedelnden Branchen flexibel handhabbar ist.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Verwaltung hat in den vergangenen Jahren stetig über das Angebot gewerblicher Baugrundstücke in der Stadt Erlangen informiert, zuletzt in der Sitzung des UVPA am 12.04.2012: Zum letzten Berichtszeitpunkt (Stand: 31.12.2011) waren lediglich noch ca. 7,6 ha gewerbliche Baugrundstücke in Erlangen verfügbar; dies bedeutet eine Abnahme gegenüber den Jahren 2007 bzw. 2009 um 12,4 ha bzw. 8,4 ha. Grundlage hierfür bildet das von der Verwaltung geführte Baulandkataster Gewerbe.

In der Erkenntnis, dass die Maßnahmen der Innenentwicklung nicht mehr ausreichen, um den Gewerbeflächenbedarf mittelfristig decken zu können, wurde die Verwaltung mit Beschluss des UVPA vom 12.04.2012 daher u.a. beauftragt, das Gewerbegebiet Geisberg zu entwickeln. Der Stadtrat hat daraufhin mit den Beschlüssen vom 25.10.2012 die erforderlichen Bauleitplanverfahren eingeleitet und die Baulandumlegung angeordnet, einschließlich deren Übertragung an das Staatliche Vermessungsamt.

Die Gewerbeflächenentwicklung der Städte in der Städteachse verhält sich darüber hinaus grundsätzlich vergleichbar (verfügbareres Angebot, Innenentwicklung vor Außenentwicklung, Notwendigkeit der Entwicklung neuer Gewerbeflächen), wie z.B. dem einstimmigen Beschluss des Stadtplanungsausschusses der Stadt Nürnberg in seiner Sitzung am 8.11.2012 zur Mobilisierung von Gewerbeflächen entnommen werden kann.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Das Arbeitsprogramm des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung umfasst daher die für die Entwicklung des Gewerbegebietes Geisberg notwendigen Maßnahmen und setzt so die o.g. Beschlüsse des Stadtrates um.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Anlagen: Fraktionsantrag Grüne Liste Nr. 186/2012

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO
Eingang: 27.11.2012
Antragsnr.: 186/2012
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: VI/61/Fr. Willmann-Hohmann
mit Referat:



Stadtratsfraktion

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
 Zimmer 130

tel 09131/862781 fax 09131/861681

e-mail: gruene-liste@erlangen.de

<http://www.gl-erlangen.de>

Herrn

Oberbürgermeister

Dr. Siegfried Balleis

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Bürozeiten:

Mo 10-12, 14-18 Di, Mi 10-12 Do 10-14

Erlangen, den 27.11.2012

Antrag zum Haushalt 2013 – Arbeitsprogramm Stadtplanungsamt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in das Arbeitsprogramm des Stadtplanungsamtes soll aufgenommen werden:

Es werden ab 2013 keine neuen unbebauten Flächen zur Nutzung als Gewerbeflächen mehr beplant.

Begründung: Die Metropolregion Nürnberg muss im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit zu einem gemeinsamen Gewerbeflächenmanagement kommen. D.h. alle bestehenden und zur Verfügung stehenden Flächen werden in einem Katasterplan eingearbeitet und können von allen interessierten Personen / Firmen eingesehen werden. Die jeweiligen kommunalen Fachämter helfen bei der Suche nach geeigneten Flächen. Nur so kann ein weitergehender Flächenverbrauch auf Kosten von Natur und Umwelt verhindert werden.

Das interkommunale Gewerbeflächenmanagement sucht außerdem modellhafte Beispiele für eine verdichtete Bebauung in den Kommunen und schlägt sie projektbezogen und ortsangepasst dem Investor und der Gemeinde vor. (Beispiel: Mehrgeschossige Bebauung von Einkaufsmärkten.)

Mit freundlichen Grüßen

gez. Helmut Wening

F.d.R.: Wolfgang Most

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/61

Verantwortliche/r:
Amt für Stadtentwicklung und
Stadtplanung

Vorlagennummer:
613/126/2012

Antrag zum Haushalt 2013: Planungskosten StUB, Fraktionsantrag der Erlanger Linke Nr. 212/2012 vom 26.11.2012

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	15.01.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Für die Planungen zur StUB wurden für das Jahr 2013 bereits 300.000 EUR beantragt. Weitere Mittel sind im Jahr 2013 voraussichtlich nicht notwendig. In Abhängigkeit von der Entscheidung der Zuschussgeber sollen ab dem Jahr 2014 weitere Planungsmittel in den Haushalt eingestellt werden.

Der Antrag der Fraktion Erlanger Linke Nr. 212/2012 ist damit abschließend bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die Fraktion Erlanger Linke beantragt, zum Haushalt 2013 für die Planungskosten der StUB 6 Mio. EUR in den Haushalt einzustellen. Dies soll einen rechtzeitigen Beginn der Planungen ermöglichen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Wie im UVPA am 20.11.2012 berichtet hat die Bauverwaltung bereits einen zusätzlichen Mittelbedarf für das Jahr 2013 in Höhe von 300.000 EUR Ende Oktober 2012 beantragt. Diese Mittel sollen

- für eine Konzeptstudie kostenrelevanter Ingenieurbauwerke (Kosbacher Brücke, ...),
- zur finanziellen Beteiligung eines von den Aufgabenträgern gemeinsam beauftragten Projektsteuerers sowie
- für die Öffentlichkeitsarbeit und Visualisierung repräsentativer Trassenabschnitten bei Bürgerbeteiligungen

verwendet werden. Darüber hinaus wurde eine befristete Stelle zu Koordination des Projektes innerhalb der Stadt Erlangen und zur fachlichen Mitarbeit ab dem Jahr 2013 beantragt.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Für den Beginn von Planungsarbeiten ist zunächst die Entscheidung des Zuschussgebers abzuwarten. Der Zeitbedarf für Erstellung und Durchführung der Ausschreibung zu den o.g. Planungsarbeiten muss mit ca. 6 Monaten kalkuliert werden.

Die von der Bauverwaltung beantragten Mittel sind daher zwar für die Vergabe der o.g. Planungen zwingend erforderlich, nach aktuellem Kenntnisstand könnten aber darüber hinaus gehende Arbeiten nicht mehr im Jahr 2013 vergeben werden. Die beantragten Mittel von 6 Mio. EUR könnten folglich im Jahr 2013 nicht verwendet werden.

In Abhängigkeit des weiteren Entscheidungsprozesses für die Erstellung des eigentlichen Zuschussantrages zur StUB sind voraussichtlich ab dem Jahr 2014 Planungsmittel in der Größenordnung von mehreren Mio. EUR notwendig. Über diese Mittel soll im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2014 ff. zu gegebener Zeit entschieden werden.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Anlagen:

Anlage 1: Fraktionsantrag der Erlanger Linke Nr. 212/2012 vom 26.11.2012

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



Erlanger Linke
Rathausplatz 1 - 91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 27.11.2012
Antragsnr.: 212/2012
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: VI/61/Fr. Willmann-Hohmann
mit Referat: II/20/Hr. Schmied

Antrag: Haushalt 2013
Planungskosten StUB

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

die Stadtratsgruppe Erlanger Linke stellt zum Haushalt 2013 den folgenden Antrag:

Für die Planungskosten für die Stadt-Umland-Bahn (StUB) werden 6 Mio. EUR in den Haushalt eingestellt.

Begründung:

Aufgrund des positiven Grundsatzbeschlusses zur StUB ist die Stadt Erlangen gefordert, mit Planungen für die StUB rechtzeitig zu beginnen. Diese Planungen sind mit erheblichen Kosten verbunden. Um die Realisierung der StUB zügig voran zu treiben, ist es erforderlich, die Planungen der möglichen Streckenführungen frühzeitig anzugehen und die sich daraus ergebenden Folgen für den ÖPNV und Individualverkehr mit einzubeziehen.

Mit freundlichen Grüßen

Eckart Wangerin
Stadtrat

Claudia Bittner
Stadträtin

Stadträte der Erlanger Linke

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 127

Büro: Montags 15 - 18 Uhr
und nach Vereinbarung

Tel. 09131/86-1789
Fax 09131/86-1791
Email: erlanger-linke@stadt.erlangen.de
<http://www.erlanger-linke.de/>

Erlangen, den 26. Nov. 2012

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/61

Verantwortliche/r:
Amt für Stadtentwicklung und
Stadtplanung

Vorlagennummer:
613/127/2012

Antrag zum Haushalt 2013: Planungen zur StUB, Antrag von Stadtrat Frank Heinze Nr. 159/2012 vom 24.10.2012

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	15.01.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Vorgehensweise der Verwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Antrag des Stadtrates Frank Heinze Nr. 157/2012 ist damit abschließend bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Herr Stadtrat Frank Heinze beantragt für den Fall, dass die Planung der StUB beschlossen wird, eine transparente und öffentliche Behandlung aller Planungsschritte sowie die Einrichtung einer öffentlichen Clearingstelle. Zum Planungsabschluss sollen die Ergebnisse der Planungen den Bürgerinnen und Bürgern der betroffenen Gemeinden zur Abstimmung vorgelegt werden.

In Hinblick auf Kostensteigerungen soll für Planung, Entwicklung und Bau der StUB eine vertraglich bindende Kostendeckelung von der Stadt Erlangen eingeführt werden. Bei kostenbedingten Vertragsänderungen ist der neue Vertrag den Bürgern zur Abstimmung vorzulegen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Wie bereits mehrfach im UVPA berichtet, letztmalig am 20.11.2012, soll für das Projekt StUB neben einem projektbegleitenden Arbeitskreis aus Fachleuten ein Projektbeirat eingerichtet werden, dem Vertreter unterschiedlicher Interessensgruppen und politischer Fraktionen angehören.

Vor dessen Einrichtung sind zunächst die Entscheidungen der Zuschussgeber über die Aufnahme in die Förderprogramme abzuwarten sowie weitere Abstimmungen zwischen den beteiligten Projektpartnern notwendig. Wie berichtet, soll aufgrund der hohen Komplexität des Zuschussverfahrens und der umfangreichen Planungsarbeiten - inklusive öffentlicher Beteiligung - ab 2013 ein aufgabenträgerübergreifender Projektsteuerer eingesetzt werden. Dessen Erfahrung mit öffentlicher Beteiligung soll ebenfalls in den Entscheidungsprozess einfließen.

Detaillierte Vorschläge über die Durchführung der öffentlichen Beteiligung wie die Zusammensetzung des Projektbeirates, die Benennung des unabhängigen Moderators sowie etwaige weitere öffentliche Beteiligungsformen (z.B. Clearingstelle, Beteiligung per Internet etc.) werden dem UPVA zu gegebener Zeit zum Beschluss vorgelegt.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Der im Antrag geforderte offene Informations- und Diskussionsprozess mit Einbindung unterschiedlicher Interessensvertreter ist durch den o.g. Projektbeirat sowie die noch weiter zu definierende öffentliche Beteiligung folglich gewährleistet. Ein Controlling der Kostenentwicklung ist für die notwendige Abstimmung mit den Zuschussgebern, den Kämmerern und den Rechnungsprüfungsämtern zwingend erforderlich und derzeit als Aufgabe des Projektsteuers vorgesehen.

Entscheidungen über Auftragsleistungen, Finanzierung sowie Fachplanungen werden durch die zuständigen politischen Gremien als legitimierte Vertreter der Erlanger Bürger getroffen. Darüber hinaus sind alle Beteiligungs- und Entscheidungsprozesse der für die StUB notwendigen baurechtlichen Genehmigungsverfahren durchzuführen.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Anlagen:

Anlage 1: Antrag von Stadtrat Frank Heinze Nr. 159/2012 vom 24.10.2012

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Frank Heinze
Stadtrat

**KLARMACHEN
ZUM ÄNDERN!**

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 118

tel 09131/86-1590
fax 09131/86-1590
e-mail:heinze.stadtrat@stadt.erlangen.de
web: www.twitter.com/ea3321

Antrag zum Haushalt 2013

Erlangen, den 24.Oktober 2012

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 27.11.2012
Antragsnr.: 159/2012
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: VI/61/Fr. Willmann-Hohmann
mit Referat:

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

Für den Fall, dass die Planung der StUB beschlossen wird beantragen wir:

- Alle Planungsschritte zur StUB werden öffentlich behandelt, die Bürgerinnen und Bürger der betroffenen Gemeinden werden ständig auf dem aktuellen Stand gehalten.
- Alle Informationen die Planungen, Bau und den späteren Betrieb betreffen, sollen transparent öffentlich gestellt werden. Hierzu zählen auch veranschlagte Ausgaben und Kosten, sowie eine aktuell gehaltene Liste der am Projekt beteiligten Partner und Firmen. Die Veröffentlichungen und Dokumentationen zum Projekt müssen hierbei ergebnisoffen und objektiv geführt werden und somit sowohl Vor- als auch Nachteile aufführen. Hierzu zählen insbesondere auch die Inhalte etwaige vertragliche Vereinbarungen mit Unternehmen, die in der Vergangenheit der Stadt eigene Mitarbeiter oder Beratungsdienstleistungen zur Verfügung gestellt haben. Rein personenbezogene Informationen (Gehälter und Namen von beauftragten oder zur Verfügung gestellten Angestellten der Stadt oder Unternehmen) sollen hingegen weiterhin unveröffentlicht bleiben.
- Eine unabhängige Clearingstelle übernimmt alle Einwände der Bürgerinnen und Bürger und organisiert ein öffentliches Mediationsverfahren.
- In Hinblick auf Kostensteigerungen im Verlauf von vergleichbaren städtebaulichen Vorhaben, ist für Planung, Entwicklung und Bau der StUB eine Kostendeckelung von der Stadt Erlangen einzuführen, die vertraglich bindend ist. Sollten Kostensteigerungen diesen Deckel überschreiten ist der Vertrag neu zu verhandeln oder zu ergänzen; Der neue Vertrag ist den Bürgern zu Abstimmung vorzulegen.
- Zum Planungsabschluss werden die Ergebnisse der Bauplanung, der Verkehrsplanung und der Finanzplanung den Bürgerinnen und Bürgern der betroffenen Gemeinden zur Abstimmung vorgelegt.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Heinze
Stadtrat

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
Ref. VI

Verantwortliche/r:
Referat für Planen und Bauen

Vorlagennummer:
VI/022/2012

Fraktionsantrag zum Haushalt 163/2012 - Prüfung der Umwandlung von Straßen im Sinne von Shared Space

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	15.01.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
Amt 61,

I. Antrag

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Der Fraktionsantrag Nr. 163/2012 ist damit abschließend bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit Antrag 163/2012 beantragt Herr Stadtrat Heinze die Prüfung der Umwandlung von Straßen in kombinierte Rad-, Fuß- und Wanderwege mit verkleinerten Spuren für Motorverkehr im Sinne von Shared Space.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Prüfung von Straßenquerschnitten in der beschriebenen Form ist vom Verkehrsentwicklungskonzept abhängig. Die Verwaltung wird in diesem Rahmen die Möglichkeit von Shared-Space als Verkehrsform prüfen und Aussagen dazu machen.

Ob die Universitätsstraße dafür geeignet ist, ergibt sich ebenfalls aus dem Verkehrsentwicklungskonzept.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
 sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
 sind nicht vorhanden

Anlagen: Fraktionsantrag Nr. 163/2012

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Frank Heinze
Stadtrat

**KLARMACHEN
ZUM ÄNDERN!**

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 118

tel 09131/86-1590
fax 09131/86-1590
e-mail: heinze.stadtrat@stadt.erlangen.de
web: www.twitter.com/ea3321

Antrag zum Haushalt 2013

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 27.11.2012
Antragsnr.: 163/2012
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: VI/66/Hr. Sperber
mit Referat:

Erlangen, den 24. Oktober 2012

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

Hiermit beantragen wir die Prüfung der Umwandlung von Straßen in kombinierte Rad-, Fuß und Wanderwege mit verkleinerten Spuren für Motorverkehr im Sinne von Shared Space. Eine mögliche Modell-Straße könnte die Universitätsstraße sein.

Link: http://de.wikipedia.org/wiki/Shared_Space

Mit freundlichen Grüßen

Frank Heinze
Stadtrat

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/31/SM001

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
31/198/2012

Haushalt 2013 - Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt-Investitionsprogramm

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	15.01.2013	Ö	Gutachten	

Beteiligte Dienststellen
Referate II, III und VII

I. Antrag

Die Abstimmung erfolgt anhand der als Anlage beigefügten Antragsunterlagen zum Haushalt 2013.

II. Begründung

Anlagen:

Anlage 1 : Anträge Ergebnishaushalt UVPA

Anlage 2 : Anträge Finanz- Investitionshaushalt/Investitionsprogramm UVPA

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2013
 --- nicht investiv ---

Amt Ifd. Nr.	Produkt / Sachkonto (soweit bekannt)	Nr. des Änderungs- antrags (Wird von Amt 13 vergeben)	Ertrag Mehrträge (+) Minderträge (-)	Aufwand Einsparung (+) Mehraufwand (-)	Haushalts- verbesserung (+) oder Haushaltsver- schlechterung (-)	Abstimmung Fachausschuss
Amt 23: Liegenschaftsamt						
23			3.119.400 €	-505.100 €	2.614.300 €	kein Änderungsantrag
Amt 31: Amt für Umweltschutz u. Energiefragen						
31			41.200 €	-241.900 €	-200.700 €	
31.1.	5541	Nachmeldung der Verwaltung vom 12.11.2012		6.000 €	6.000 €	Abstimmung UVPA einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen
31.2.		StRin Grille 2011/2012		-30.000 €	-30.000 €	Abstimmung UVPA einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen
Amt 32: Ordnungsamt						
32			4.638.900 €	-556.300 €	4.082.600 €	
32.1.	5733	Nachmeldung der Verwaltung vom 12.11.2012		-12.000 €	-12.000 €	Abstimmung UVPA einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen
32.2.		GL 1877/2012	100.000 €		100.000 €	Abstimmung UVPA einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen

Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2013
 --- nicht investiv ---

Amt Ifd. Nr.	Produkt / Sachkonto (soweit bekannt)	Nr. des Änderungs- antrags (wird von Amt 13 vergeben)		Ertrag Mehrträge (+) Minderträge (-)	Aufwand Einsparung (+) Mehraufwand (-)	Haushalts- verbesserung (+) oder Haushaltsver- schlechterung (-)	Abstimmung Fachausschuß
Amt 61: Amt für Stadtentwicklung u. Stadtplanung							
61			Entwicklung des Sachmittelbudgets: siehe Budgetdokumentation im Verwaltungsentwurf	163.300 €	-414.600 €	-251.300 €	
61.1.	5110	Nachmeldung der Verwaltung im Nachgang zum 12.11.2012	<u>Verkehrsentwicklungsplanung/Melienstein C:</u> Maßnahme u. Mittelabfluss verzögert sich (VI/61/TK002 vom 26.10.2012), Haushaltsrest 2012 wird eingezogen bei gleichzeitiger Neuannmeldung zum HH 2013		-45.000 €	-45.000 €	Abstimmung UVPA einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen
61.2.	5110	Nachmeldung der Verwaltung im Nachgang zum 12.11.2012	<u>Gewerbegebiet Geisberg (Planungskosten):</u> Maßnahme verzögert sich (VI/61/K002 vom 26.10.2012), Haushaltsrest wird eingezogen bei gleichzeitiger Neuannmeldung zum HH 2013		-10.000 €	-10.000 €	Abstimmung UVPA einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen
61.3.	5110	Nachmeldung der Verwaltung im Nachgang zum 12.11.2012	<u>Gewerbegebiet Geisberg (Verkehrsuntersuchung zur Umlegung):</u> Maßnahme verzögert sich (VI/61/K002 vom 26.10.2012), Haushaltsrest wird eingezogen bei gleichzeitiger Neuannmeldung zum HH 2013		-15.000 €	-15.000 €	Abstimmung UVPA einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen
61.4.		FDP 193/2012 194/2012	Für die Durchführung eines standardisierten Bewertungsverfahrens für das Robus-System werden 20.000 EUR bereitgestellt		-20.000 €	-20.000 €	Abstimmung UVPA einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen
61.5.		FDP 194/2012	Visualisierung der STUB		-20.000 €	-20.000 €	Abstimmung UVPA einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen

Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2013
 --- nicht investiv ---

Amt Ifd. Nr.	Produkt / Sachkonto (soweit bekannt)	Nr. des Änderungs- antrags (wird von Amt 13 vergeben)	EB 77: Betrieb f. Stadtgrün, Abfallwirtschaft u. Straßenreinigung	Ertrag Mehrträge (+) Minderträge (-)	Aufwand Einsparung (+) Mehraufwand (-)	Haushalts- verbesserung (+) oder Haushaltsver- schlechterung (-)	Abstimmung Fachausschuß
EB 77			Bezeichnung/Begründung des Änderungsantrags zu EB 77: --- kein eigenes Budget ---	0 €	-7.921.100 €	-7.921.100 €	
EB.1.		CSU 203/2012	Grünpflege Hinweis <u>Kämmerei</u> : Zuschuss EB 77 wurde im Verw.-entwurf um 200.000 EUR für Grünflächenunterhalt aufgestockt.		-86.000 €	-86.000 €	Abstimmung UVPA einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen
EB.2.		SPD 166/2012	Sanierung Bänke, Reinigung Freizeitanlagen Hinweis <u>Kämmerei</u> : Zuschuss EB 77 wurde im Verw.-entwurf um 200.000 EUR für Grünflächenunterhalt aufgestockt.		-50.000 €	-50.000 €	Abstimmung UVPA einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen

HH-Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77 am 15.01.2013

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von: SPD		Antrags-Nr.: 167/2012			
A	Lfd. Nr.: 59	Kostenstelle, Amt		230090	Seite: 99		
	Produktgruppen Text:		Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen				
	Investitionsmaßnahme:		Grunderwerb E-West II				
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR	
2013	Auszahlung:	-3.000.000	+ 1.000.000	2015	Auszahlung:	-2.700.000	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2014	Auszahlung:	-4.423.000	0	2016	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
	VE:	-1.000.000	0		Zuweisungen:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen					VE:		
				später	Auszahlung:	0	0
Begründung:		Mittel werden 2013 nicht abfließen, da Enteignungsverfahren im Laufen sind.					
Gutachten des UVPA		Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen					

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von: SPD u. Grüne Liste		Antrags-Nr.: 167 u. 184/2012			
A	Lfd. Nr.: 60	Kostenstelle, Amt		230090	Seite: 100		
	Produktgruppen Text:		Gemeindestraßen				
	Investitionsmaßnahme:		Adenauerring Ringschluss, Grunderwerb				
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR	
2013	Auszahlung:	-540.000	+ 540.000	2015	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2014	Auszahlung:	0	- 540.000	2016	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
	VE:	0	0		Zuweisungen:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen					VE:		
				später	Auszahlung:	0	0
Begründung:		SPD: Kein Erwerb 2013, da Enteignungsverfahren im Laufen sind. GL: Ringschluss um ein Jahr verschieben.					
Gutachten des UVPA		Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen					

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von: Erlanger Linke		Antrags-Nr.: 212/2012			
A	Lfd. Nr.: 61.0	Kostenstelle, Amt		610090	Seite: 267		
	Produktgruppen Text:		Sonstiger Personen- und Güterverkehr				
	Investitionsmaßnahme:		StÜB, Planungs- und Baukosten				
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR	
2013	Auszahlung:	0	- 6.000.000	2015	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2014	Auszahlung:	0	0	2016	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
	VE:	0	0		Zuweisungen:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen					VE:		
				später	Auszahlung:	-237.220.000	+ 300.000
Begründung:		Für die Planungskosten für die Stadt-Umland-Bahn (StÜB) werden 6 Mio. EUR in den Haushalt eingestellt.					
Gutachten des UVPA		Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen					

Finanzplan/Investitionen	Beantragt von: SPD u. Grüne Liste	Antrags-Nr.: 167 u. 184/12
--------------------------	-----------------------------------	----------------------------

A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt	610090	Seite: 267	IP-Nr.: 548.400	Seite: 387		
	61.1	Produktgruppen Text: Investitionsmaßnahme:	Sonstiger Personen- und Güterverkehr StUB, Planungs- und Baukosten					
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR		
2013	Auszahlung:	0	-	300.000	2015	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:					Zuweisungen:		
2014	Auszahlung:	0		0	2016	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:					Zuweisungen:		
						VE:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen					später	Auszahlung:	-237.220.000	+ 300.000
Begründung:		SPD: - GL: Bürgerbeteiligung, Projektsteuerung, Kostenschätzung Kosbacher Brücke. Hinweis der Kämmerei: Behandlung erfolgt im Negativ-Skript im HH-HFPA am 30.01.13						
Gutachten des UVPA		Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen						

A	Finanzplan/Investitionen	Beantragt von:	Grüne Liste	Antrags-Nr.:	184/2012			
	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt	230090	Seite: neu	IP-Nr.:	551.NEU Seite: neu		
62	Produktgruppen Text: Investitionsmaßnahme:	Öffentliches Grün, Landschaftspflege Interkultureller Garten, Erschließungsmaßnahme						
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR		
2013	Auszahlung:	0	-	78.000	2015	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:					Zuweisungen:		
2014	Auszahlung:	0		0	2016	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:					Zuweisungen:		
						VE:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen					später	Auszahlung:	0	0
Begründung:		Sinnvolles Projekt, Gleichbehandlung mit anderen Kleingartenvereinen.						
Gutachten des UVPA		Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen						

A	Finanzplan/Investitionen	Beantragt von:	Stadträtin Grille	Antrags-Nr.:	200/2012			
	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt	61/31	Seite: neu	IP-Nr.:	551.neu Seite: -		
63	Produktgruppen Text: Investitionsmaßnahme:	Öffentliches Grün, Landschaftsbau Platzensemble Sebastianstraße, Neugestaltung (kleine Lösung)						
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR		
2013	Auszahlung:	0	-	150.000	2015	Auszahlung:		
	Zuweisungen:					Zuweisungen:		
2014	Auszahlung:				2016	Auszahlung:		
	Zuweisungen:					Zuweisungen:		
						VE:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen					später	Auszahlung:		
Begründung:		Bereits seit mehr als 15 Jahren ist die Umgestaltung des Platzensembles an der Sebastianstraße geplant. Da im Jahre 2014 das 750 Jahre-Jubiläum des Stadtteils Tennenlohe gefeiert wird, sollte dieser zentrale Platz bis dahin – also im Jahre 2013 - saniert werden.						
Gutachten des UVPA		Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen						

Finanzplan/Investitionen	Beantragt von:	Erlanger Linke	Antrags-Nr.:	213/2012
--------------------------	----------------	----------------	--------------	----------

A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt	310090	Seite:	132	IP-Nr.:	552.neu	Seite:	neu		
	64	Produktgruppen Text:	Öffentliche Gewässer								
		Investitionsmaßnahme:	Renaturierung des großen Bischofsweiher (Dechsendorfer Weiher)								
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR				
2013	Auszahlung:	0	- 4.000.000	2015	Auszahlung:	0	0	2016	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2014	Auszahlung:	0	0	später	VE:			später	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				VE:				VE:		
	VE:	0	0		VE:				VE:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen											
Begründung:		Für Maßnahmen zur Renaturierung des großen Bischofsweiher (Dechsendorfer Weiher) werden 4 Mio EUR in den Haushalt 2013 eingestellt.									
Gutachten des		UVPA	Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen								

A	Finanzplan/Investitionen	Beantragt von:	SPD	Antrags-Nr.:	167/2012						
	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt	310090	Seite:	132	IP-Nr.:	552.500	Seite:	388		
	65	Produktgruppen Text:	Öffentliche Gewässer								
Investitionsmaßnahme:		Wiederherstellung Röttenbach, (Dechsendorfer Weiher)									
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR				
2013	Auszahlung:	-300.000	0	2015	Auszahlung:	0	0	2016	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2014	Auszahlung:	-640.000	0	später	VE:			später	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				VE:				VE:		
	VE:	0	- 640.000		VE:				VE:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen											
Begründung:		Sicherstellung der Umsetzung der Maßnahme, Verpflichtungsermächtigung für 2014									
Gutachten des		UVPA	Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen								

A	Finanzplan/Investitionen	Beantragt von:	SPD	Antrags-Nr.:	167/2012						
	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt	310090	Seite:	134	IP-Nr.:	561.K880	Seite:	-		
	66	Produktgruppen Text:	Umweltmaßnahmen								
Investitionsmaßnahme:		Zuschüsse für private Energiesparmaßnahmen									
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR				
2013	Auszahlung:	-15.000	- 35.000	2015	Auszahlung:	0	0	2016	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2014	Auszahlung:	0	0	später	VE:			später	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				VE:				VE:		
	VE:				VE:				VE:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen											
Begründung:		Neue Schwerpunktsetzung: Altbausanierung									
Gutachten des		UVPA	Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen								

A	Finanzplan/Investitionen	Beantragt von:	SPD	Antrags-Nr.:	167/2012				
	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt	310090	Seite:	134	IP-Nr.:	561.K881	Seite:	-

67		Produktgruppen Text: Investitionsmaßnahme:		Umweltmaßnahmen Passivhausförderung			
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR
2013	Auszahlung:	0	- 5.000	2015	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2014	Auszahlung:	0	0	2016	VE:		
	Zuweisungen:				Auszahlung:	0	0
	VE:			Zuweisungen:			
VE = Verpflichtungsermächtigungen					VE:		
				später	Auszahlung:	0	0
Begründung:	Keine Förderung von Passivhäusern mehr, aber von innovativen Modellen (Plus-Häuser, etc.)						
Gutachten des	UVPA	Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen					

BeschlussvorlageGeschäftszeichen:
III/31/SM001

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
31/199/2012**Fachamtsbudget und Arbeitsprogramm 2013 des Amtes für Umweltschutz und Energiefragen (Amt 31) - siehe Arbeitsprogramm 2013 in gebundener Form ab Seite 103**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	15.01.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen**I. Antrag**

Dem Stellenplan für das Amt 31 wird zugestimmt.

Dem Gesamtbudget (der Gesamtbudgethöhe) für das Amt 31 wird zugestimmt.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und im Stadtrat.

Das Arbeitsprogramm 2013 für das Amt 31 wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung**Anlagen:**

Arbeitsprogramm 2013

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/32

Verantwortliche/r:
Ordnungs- und Straßenverkehrsamt

Vorlagennummer:
321/088/2013

**Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2013 des Ordnungs- und Straßenverkehrsamtes (Amt 32);
- siehe Arbeitsprogramm 2013 in gebundener Form Seiten 123 - 129**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	15.01.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2013 für das Amt 32 wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Amt 32 wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

2. Das Arbeitsprogramm 2013 für das Amt 32 wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm 2013 des Ordnungs- und Straßenverkehrsamtes

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/23

Verantwortliche/r:
Liegenschaftsamt

Vorlagennummer:
23/025/2012

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2013 des Liegenschaftsamtes (Amt 23) - siehe Arbeitsprogramme 2013 in gebundener Form ab Seite 69

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	15.01.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2013 für das Liegenschaftsamt wird zugestimmt.
Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Liegenschaftsamt wird zugestimmt.
Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss.
2. Das Arbeitsprogramm 2013 für das Liegenschaftsamt wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm 2013 des Liegenschaftsamtes

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

BeschlussvorlageGeschäftszeichen:
VI/61Verantwortliche/r:
Amt f. Stadtentwicklung u. StadtplanungVorlagennummer:
610.1/012/2012**Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2013 des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung (Amt 61) mit Projektgruppe Röthelheimpark (PRP) - siehe Arbeitsprogramme 2013 in gebundener Form ab Seite 359**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
-----------------------	---------------	------------	--------------------	-------------------

Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	15.01.2013	Ö	Beschluss	
---	------------	---	-----------	--

Beteiligte Dienststellen
Amt 20**I. Antrag**

1. Dem Stellenplan 2013 für das Amt 61 mit PRP wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Amt 61 mit PRP wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.
2. Das Arbeitsprogramm 2013 für das Amt 61 mit PRP wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung**Anlagen:** ArbeitsprogrammIII. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Einladung -öffentlich-	1
Vorlagendokumente	
TOP Ö 2 EB77: Wirtschaftsplan mit Stellenplan 2013	
Beschlussvorlage 771/019/2012	4
TOP Ö 4.1 Verkehrsrechtliche Anordnungen in der Zeit vom 19.10.2012 bis 10.12.2	
Mitteilung zur Kenntnis 321/086/2012	5
TOP Ö 4.2 Umgebungslärmrichtlinie, Lärmkartierung	
Mitteilung zur Kenntnis 31/184/2012	8
TOP Ö 4.3 Kalkschotterverwendung im Bebauungsplangebiet Staudtstraße	
Mitteilung zur Kenntnis 31/196/2012	10
TOP Ö 5 Dringlichkeitsantrag zum Stadtrat am 13.12.2012 hier: Eislauffläche auf	
Beschlussvorlage 52/177/2012/1	11
Dringlichkeitsantrag zum Stadtrat am 13.12.12 hier: Eislauffläche auf	13
TOP Ö 6.1 Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2013;	
Beschlussvorlage 113/006/2012	14
Anlage - Verwaltungsvorlage Liste A - 1. Neufassung Dez. 2012 113/006	16
Anlage Nachtrag Verwaltungsvorlage UVPA 113/006/2012	19
TOP Ö 6.2 Antrag zum Haushalt 2013 - Renaturierung des großen Bischofsweiher (D	
Beschlussvorlage 31/193/2012	20
Fraktionsantrag_213_erlanger linke_26.11.12 - 11.12.2012 - 31/193/201	22
TOP Ö 6.3 Energiewende in der Stadt Erlangen	
Beschlussvorlage 31/195/2012	23
Antrag SPD-Fraktion Nr. 168-2012 31/195/2012	26
TOP Ö 6.4 Fraktionsantrag Nummer 157/2012 betreffend Lichtung des Waldes der Ve	
Beschlussvorlage 321/087/2012	27
Anlage Fraktionsantrag 157_2012 321/087/2012	30
TOP Ö 6.5 Antrag zum Haushalt 2013 - Arbeitsprogramm Stadtplanungsamt Fraktions	
Beschlussvorlage 611/179/2012	31
Anlage: Fraktionsantrag Grüne Liste Nr. 186/2012 611/179/2012	33
TOP Ö 6.6 Antrag zum Haushalt 2013: Planungskosten StUB, Fraktionsantrag der Er	
Beschlussvorlage 613/126/2012	34
Anlage 1: Fraktionsantrag der Erlanger Linke Nr. 212/2012 vom 26.11.20	36
TOP Ö 6.7 Antrag zum Haushalt 2013: Planungen zur StUB, Antrag von Stadtrat Fra	
Beschlussvorlage 613/127/2012	37
Anlage 1: Antrag von Stadtrat Frank Heinze Nr. 159/2012 vom 24.10.2012	39
TOP Ö 6.8 Fraktionsantrag zum Haushalt 163/2012 - Prüfung der Umwandlung von St	
Beschlussvorlage VI/022/2012	40
Antrag 163_HH_ Shared Space VI/022/2012	42
TOP Ö 6.9 Haushalt 2013 - Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt-Investitionsprogramm	
Beschlussvorlage 31/198/2012	43
Ergebnishaushalt_2013_UVPA 31/198/2012	44
UVPA_15.01.2013__Investitionen 31/198/2012	47
TOP Ö 6.10 Fachamtsbudget und Arbeitsprogramm 2013 des Amtes für Umweltschutz u	
Beschlussvorlage 31/199/2012	51
TOP Ö 6.11 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2013 des Ordnungs- u	
Beschlussvorlage 321/088/2013	52
TOP Ö 6.12 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2013 des Liegenschaf	

Beschlussvorlage 23/025/2012	53
TOP Ö 6.13 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2013 des Amtes für S	
Beschlussvorlage 610.1/012/2012	54
Inhaltsverzeichnis	55